



Lieber Europäerinnen, liebe Europäer!

In dieser Ausgabe des Europa-Newsletters widme ich mich einem sehr umstrittenen Thema: dem möglichen EU-Beitritt der Türkei. Diese Frage sorgt derzeit für hitzige Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition, ist aber auch innerhalb der Parteien nicht unumstritten. Ich möchte diesen Newsletter dazu nutzen, um die unterschiedlichen Standpunkte und Interessen darzustellen und zu einer Versachlichung der Debatte beitragen. „Ist die Türkei europafähig?“ ist der Titel einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema, die am 17. März im Karl-Bröger-Zentrum (siehe S.6) stattfindet, zu der ich herzlich einladen möchte. Viel Spaß bei der Lektüre!

Ihr

Vorfreude auf eine europäisierte Türkei oder Angst vor türkischem Einfluss in Europa?

⇒ Die Vorgeschichte

Die Türkei weist hinsichtlich ihrer Lage, Kultur und Politik einige Besonderheiten auf. Ihre Bevölkerung umfasst circa 68 Mio. Einwohner, das Land ist in etwa 2,3-mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Aus geographischer Sicht zählen ungefähr 3% des Landes zu Europa, die restlichen 97% zu Kleinasien. Die Bevölkerung gehört mehrheitlich dem Islam an. Das Staatsverständnis ist laizistisch, d.h. es gibt die strikte Trennung zwischen Staat und Religion. Politisch und wirtschaftlich nähert sich die Türkei seit vielen Jahren an Europa an.

Seit über 40 Jahren strebt die Türkei nun die EG-, bzw. EU-Mitgliedschaft an. Bereits 1963 wurde der Türkei im Rahmen eines Assoziationsabkommens eine weit gesteckte Beitrittsperspektive eröffnet. 1987 stellte die Türkei einen offiziellen Antrag auf EU-Mitgliedschaft, der jedoch 1990 aufgrund politischer und ökonomischer Instabilitäten abgelehnt wurde. Seit 1997 ist die Türkei nun offizieller EU-



**EU-Beitritt der Türkei -
wann erfolgt der politische Brückenschlag?**

newsletter nr. 3

Günter Gloser MdB ■ Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion ■ www.guenter-gloser.de



Beitrittskandidat, bisher haben jedoch noch keine Beitrittsverhandlungen statt gefunden. Ende letzten Jahres entschieden die Staats- und Regierungschefs der EU, dass im Dezember 2004 unter bestimmten Voraussetzungen Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Bedingung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ist, dass die Türkei das so genannte *politische Kriterium von Kopenhagen* erfüllt: eine institutionelle Stabilität als Garantie für eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie den Schutz von Minderheiten. Die Europäische Kommission wird im Vorfeld einen Bericht vorlegen, der die politische Beitrittsreife der Türkei bewertet. Bei einer positiven Beurteilung steht einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen theoretisch nichts mehr im Wege, was aber noch keinen Beitritt der Türkei bedeutet. Um in die EU aufgenommen zu werden, müssen noch weitere Kriterien erfüllt werden:

- eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck in der EU standhalten zu können sowie
- die Fähigkeit, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen.

Diese beiden Kriterien, die auch die vollständige Übernahme des rechtlichen Besitzstandes der Union und dessen praktische Anwendung bedeuten, sind erst im Verlauf der Beitrittsverhandlungen schrittweise zu erfüllen.

Fakt ist demnach, dass Ende dieses Jahres nicht über den EU-Beitritt der Türkei, sondern über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entschieden wird. Diese Unterscheidung ist insofern wichtig, da die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ebenso wie ein möglicher EU-Beitritt der Türkei an bestimmte, von den Staats- und Regierungschefs der EU vertraglich festgelegte Bedingungen geknüpft sind: die politischen und wirtschaftlichen Kriterien von Kopenhagen.

⇒ Der EU-Beitrittskandidat Türkei

Bereits seit der Gründung der Republik im Jahre 1923 sind Westorientierung und Ausrichtung am europäischen Wertesystem von grundlegender Bedeutung für die Türkei. Auch die amtierende religiös-konservative Regierungspartei AKP (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) unter Ministerpräsident Tayyip Erdogan sieht sich dieser Tradition verpflichtet. In einer schriftlichen Erklärung der AKP nach ihrem Wahlsieg im November 2002 heißt es: *„Wir sehen das demokratisch-soziale System Europas als das Zivilisationsziel unseres Landes an. Wir würden uns für den Aufbau eines solchen Systems einsetzen, auch wenn wir nicht EU-Mitglied werden könnten.“*



Tayyip Erdogan, amtierender Ministerpräsident der Türkei

Die EU-Beitrittsperspektive entfachte in der Türkei einen politischen und ökonomischen Reformschub. Es wurden beachtliche Erfolge erzielt, es gibt jedoch weiterhin eine Reihe von Missständen.

⇒ Positive Entwicklungen

Das türkische Parlament verabschiedete inzwischen eine große Verfassungsreform mit dem Ziel der Stärkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten. Im November 2001 nahm das Parlament ein neues türkisches Zivilgesetzbuch an, im Sommer 2002 wurden weitere Reformmaßnahmen wie die Zulassung von Radio- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache, die Ausweitung der Redefreiheit und der Rechte nichtmuslimischer Minderheiten beschlossen. Mit Unterstützung von IWF und Weltbank wurden nach der großen Wirtschaftskrise die Umstrukturierung des Bankensektors eingeleitet sowie Reformen in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Landwirtschaft fortgesetzt. Im Sommer 2003 setzte die Türkei ihr umfangreiches Anpassungsprogramm fort, das u. a. Machtbefugnisse des Militärs einschränkte.

⇒ Bestehende Defizite

Im politischen Bereich sind wiederholte Verletzungen der Menschenrechte, Defizite im Bereich der Meinungsfreiheit, Diskriminierung von ethnischen und religiösen Minderheiten, Verbindungen zwischen Politik und organisierter Kriminalität, Korruption, Folter und Misshandlungen im Polizeigewahrsam, der starke Einfluss des Militärs auf die Innenpolitik sowie die türkische Haltung hinsichtlich des ungelösten Zypern-Problems Gegenstand der Kritik.

Fakt ist, dass sich die Türkei in einem Reformprozess befindet, der andauert. Die EU-Beitrittsperspektive kann als Reformschub eingestuft werden. Eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen setzt voraus, dass noch bestehende politische Defizite behoben werden müssen.



Erdogan und Schröder im Februar 2004

⇒ Die Debatte über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei

Die CDU/CSU beschloss, den möglichen EU-Beitritt der Türkei zum Wahlkampfthema im Rahmen der Europawahl zu machen. Sie spricht sich gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen aus und befindet sich somit im Widerspruch sowohl zur konservativen Mehrheit der europäischen Staats- und Regierungschefs, die sich Ende letzten Jahres auf skizziertes Vorgehen geeinigt haben, als auch zur konservativen Vorgängerregierung unter Kohl.

Die Argumente von Beitrittsgegnern:

- Die wirtschaftliche Schwäche des Landes (das Bruttoinlandsprodukt beträgt beispielsweise nur 25% des EU-Durchschnitts, die Inflationsrate ist sehr hoch, ebenso der Anteil der Landwirtschaft an der Erwerbsarbeit)
- Das wirtschaftliche Gefälle könnte erhebliche Wanderungsbewegungen auslösen
- Befürchtet wird die Notwendigkeit hoher finanzieller Transferzahlungen an die Türkei

newsletter nr. 3

Günter Gloser MdB ■ Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion ■ www.guenter-gloser.de



- Die genannten politischen Schwachpunkte wie die Lage der Menschenrechte, die Situation der Minderheiten, der Einfluss des Militärs
- Die Nachbarschaft der Türkei zu Krisengebieten wie dem Irak, Iran, Syrien, Armenien, Aserbeidschan als Risikofaktor, Gefahr der Verwicklung in Konflikte
- Die muslimische Prägung der Bevölkerungsmehrheit
- Beförderung der Lösung des Zypernkonflikts
- Erleichterung der Integration der Türkinnen und Türken, die bereits in der EU leben

Genau an diesem Punkt können jedoch die Argumente für einen Beitritt anknüpfen:

- Der Beitritt eines muslimischen Staates als Exempel für die Vereinbarkeit von Demokratie und Islam: die Türkei als Vorbild für eine ganze Region
- Stabilisierung des Reformprozesses in der Türkei sowie Versicherung gegen eine radikale Islamisierung
- Eine mit der EU fest verbundene Türkei kann aufgrund ihrer geostrategischen Lage eine erhebliche Rolle bei der Europäischen Sicherheits- und Außenpolitik spielen

⇒ **Meiner Meinung nach** sind die der Türkei gegenüber getroffenen Zusagen hinsichtlich des Zeitplans unbedingt einzuhalten, um den Reformprozess in der Türkei nicht zu gefährden. Die eingeleitete Modernisierung der Türkei darf nicht durch wahlpropagandistische Äußerungen in Deutschland in Gefahr gebracht werden. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen setzt voraus, dass bestehende Defizite im Vorfeld beseitigt werden. In dieser Frage darf es keinen politischen Rabatt geben. Wägt man Für- und Gegenargumente gegeneinander ab, so überragt ein Argument die anderen: Eine politisch wie wirtschaftlich gefestigte Türkei dient als Vorbild für andere islamische Staaten hinsichtlich der Vereinbarkeit von Demokratie und Islam. Dies gilt auch ohne eine EU-Beitrittsperspektive dieser Staaten. Eine Aufnahme der Türkei in die EU, selbstverständlich nur bei umfassender Erfül-

lung aller Beitrittskriterien, kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Aber auch die EU muss ihren Reformprozess fortsetzen. Voraussetzung für die Aufnahme der EU ist die Verabschiedung der gemeinsamen Europäischen Verfassung im Vorfeld eines Beitritts.



Perspektivwechsel:

Ein Interview mit Arif Tasdelen

Einen Wechsel der Perspektive ermöglicht uns Arif Tasdelen (29). Er ist türkischer Herkunft, Vorsitzender der SPD Mögeldorf und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit.

Bettina Zauhar: Die Türkei will der EU beitreten. Welche politischen, welche wirtschaftlichen Gründe spielen hierfür eine Rolle?

Arif Tasdelen: Der Beitritt würde die Türkei innen- wie außenpolitisch stabilisieren.

Auch Wirtschaftlich gesehen wird es für die Türkei kurzfristig ebenfalls von Vorteil sein, in die EU aufgenommen zu werden. Auf lange Sicht profitiert auch die EU wirtschaftlich von einem EU-Beitritt der Türkei: Wenn das hohe Wirtschaftswachstum in der Türkei von derzeit 6% anhält, wird sie langfristig zu einem Motor in der EU.

Bettina Zauhar: Um den möglichen EU-Beitritt der Türkei gibt es in Deutschland eine hitzige Debatte. Ist dies in der Türkei ähnlich?

Arif Tasdelen: Auch in der Türkei ist dies eine hitzige Debatte. Die Türken sind geteilter Meinung; Die überragende Mehrheit möchte den EU-Beitritt und ein nicht beachtlicher Teil findet die Diskussion mittlerweile lästig, weil deren Meinung nach die Türkei 40 Jahre lang hingehalten wurde.

Bettina Zauhar: Die Vor- und Nachteile des Beitritts für die EU werden im Schwerpunktartikel erläutert. Welche Vorteile bringt eine EU-Mitgliedschaft für die Türkei mit sich, welche Nachteile siehst Du?

Arif Tasdelen: Als wesentlichen Vorteil sehe ich, dass die Türkei nicht nur auf der Landkarte und durch Wirtschaftsbeziehungen zu Europa gehört sondern auch politisch ein Teil von Europa wird. Dies würde für die Türkei eine wesentliche Stabilisierung bedeuten. Wirtschaftlich gesehen wird sowohl die Türkei von der EU profitieren als auch die EU von der Türkei, da die Türkei meiner Meinung nach wirtschaftlich auf einem sehr guten Weg ist. Nachteile sehe ich für die Türkei keine.

Bettina Zauhar: Verstehen sich die Türkinnen & Türken mehrheitlich als Europäerinnen & Europäer?



Arif Tasdelen: Ja! Ich kenne kein anderes Land, dass seit 40 Jahren

newsletter nr. 3

Günter Gloser MdB □ Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-Fraktion □ www.guenter-gloser.de

mit der EU über einen Beitritt verhandelt –bisher vergeblich- und in dem die Bevölkerung trotz dieser langen Zeit immer noch mit überragender Mehrheit hinter dem Beitritt ihres Landes stehen. Das zeigt für mich, dass sich die Türken als Europäer sehen.

Bettina Zauhar: Voraussetzung für den Beitritt ist die Erfüllung der politischen und ökonomischen Beitrittskriterien. Wann ist die Türkei Deiner Einschätzung nach beitriffsreif?

Arif Tasdelen: Wenn der Reformprozess der Türkei in dem Tempo weitergeht wie es aktuell der Fall ist, bin ich mir sicher, dass die Türkei in den nächsten 10 Jahren soweit ist.

Danke für das informative Gespräch!

Preisrätsel:

Wie heißt die Hauptstadt der Türkei?

Unter allen Einsendern verlose ich zwei Büchergutscheine im Wert von je 15,00 Euro. Einsendeschluss ist der 25.3.04. Meine E-Mail-Adresse:

guenter.gloser@bundestag.de



Termine

&

Veranstaltungshinweise

⇒ **15./16. März**

Warschau

Tagung zur europ. Sicherheitspolitik

⇒ **17. März 2004 - 19.00 Uhr**

Karl-Bröger-Str. 9 - Nürnberg

Veranstaltung der Karl-Bröger-Gesellschaft:

„Ist die Türkei europafähig?“

Es diskutieren:

- **Christian Schmidt**, MdB (CSU)
- **Prof. Dr. Sefik Bahadir**,
Uni Erlangen-Nürnberg
- **Günter Gloser**, MdB (SPD),
- Moderation: **Prof. Dr. Friedrich Heckmann**, Uni Bamberg

⇒ **18. März – 18.00 Uhr**

Awo-Saal in Schwabach

Veranstaltung der SPD Schwabach:

„Ja zu Europa: Die EU als Modell für Frieden, Sicherheit & Stabilität“

⇒ **19. März**

Gespräch mit dem türkischen Generalkonsul in Nürnberg

16.00 Uhr Veranstaltungen im Raum Donauwörth

Impressum

Der newsletter wird herausgegeben von Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227 71187, Fax.: 030/227 76482,
E-Mail: guenter.gloser@bundestag.de
Wahlkreisbüro: Karl-Brögerstr. 9, 90459 Nürnberg
Tel.: 0911/4389614, Fax: 0911/435694
E-Mail: guenter.gloser@wk.bundestag.de
Internet: www.guenter-gloser.de
Redaktionelle Bearbeitung: Bettina Zauhar